

Antrag 90/II/2019**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Vergesellschaftung von Wohnungen**

1 Wir fordern den Berliner Senat und die Fraktion der SPD
2 im Berliner Abgeordnetenhaus auf, auf der Grundlage des
3 §15 des Grundgesetzes die gesetzliche Voraussetzungen
4 dafür zu schaffen, dass die Vergesellschaftung von Wohn-
5 raum möglich gemacht wird.

6
7 Wir definieren Vergesellschaftung nicht rein als ein Mittel,
8 um gewinnorientierten Unternehmen das aktuelle Maß
9 an Kontrolle über den Wohnraum in Berlin zu entziehen,
10 sondern vor allem als einen Zweck, nämlich der Demokra-
11 tisierung der Besitzverhältnisse von Wohnraum in dieser
12 Stadt, einer Zielsetzung des Demokratischen Sozialismus,
13 dem sich die SPD im Hamburger Grundsatzprogramm von
14 2007 verschrieben hat.

15
16 Durch das Gesetz soll eine ergänzende Möglichkeit ge-
17 schaffen werden, um den Anteil der öffentlich verwalte-
18 ten Wohnungen zu erhöhen und damit die Steuerungs-
19 möglichkeiten des Staates auf dem Wohnungsmarkt zu
20 maximieren und damit Spekulationsspielräume zu mini-
21 mieren. Das Einsetzen des Mittels der Vergesellschaftung
22 ist damit als ein möglicher Baustein des miet- und woh-
23 nungsbaupolitischen Instrumentenkastens zu verstehen,
24 der dem bestehenden Konzept "Bauen, kaufen, deckeln"
25 auch Vergesellschaften hinzufügt. Die Bedeutung der an-
26 deren Säulen, allem voran des Schwerpunkts Bauen, bleibt
27 von der potentiellen Möglichkeit der Vergesellschaftung
28 unangetastet. Den Mangel an bezahlbarem Wohnraum
29 werden wir nur dann effektiv bekämpfen, wenn ausrei-
30 chend neuer Wohnraum im nicht-spekulativen Bereich
31 geschaffen wird.

32
33 Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern werden wir
34 daher an die Initiative "Deutsche Wohnen & Co. enteig-
35 nen" herantreten, um die gesetzliche Ausgestaltung vor-
36 zubereiten. Damit erkennen wir an, dass die Initiative un-
37 ser Partner auf dem Weg zu einem besser regulierten
38 Wohnungsmarkt ist. Deshalb lehnen wir eine vorzeitige
39 Prüfung des Volksbegehrens beim Verfassungsgerichts-
40 hof ab.

41
42 Bei der Ausgestaltung der Gesetzesinitiative ist insbeson-
43 dere auf folgende Aspekte zu achten:

44
45 Wir lehnen es ab, so zu tun, als ob wir die Stadt auf ein-
46 mal zurückkaufen können. Stattdessen setzen wir auf ei-
47 ne schrittweise und in der Berliner Investitionsplanung
48 abbildbare Strategie. Transparenz gegenüber der Stadtge-

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt bei Annahme 304/II/2019**

49 sellschaft bezüglich des tatsächlich möglichen Umfangs
50 der vergesellschafteten Wohnungen ist dabei ein wichti-
51 ges Element. Die mittelfristige Planung orientiert sich da-
52 bei an dem Ziel, die Vorherrschaft des gemeinwohlorien-
53 tierten Wohnens auf dem Wohnungsmarkt wiederherzu-
54 stellen. Wir streben dabei einen mindestens zu 50% ge-
55 meinwohlorientierten Wohnungsmarkt an.

56

57 Die Vergesellschaftung setzt selbstverständlich auch ei-
58 ne Entschädigung des bisherigen Eigentümers voraus. Im
59 Rahmen der Gesetzesarbeitung sollen klare Rahmen ge-
60 schaffen werden, die die Höhe der Entschädigung defi-
61 nieren. Diese Rahmenbedingungen orientieren sich dabei
62 nicht an dem aktuell überhitzten Wohnungsmarkt und
63 sind niedriger anzusetzen.

64

65 Die Vorbereitung der gesetzlichen Ausgestaltung soll sich
66 u.a. auch mit der Ausgestaltung der Kriterien für poten-
67 tielle Vergesellschaftung befassen. Die Grenze 3000 er-
68 scheint uns dabei willkürlich. In der Debatte sind rein
69 quantitative gegenüber möglichen qualitativen Kriterien
70 abzuwägen. Qualitative Kriterien können z.B. der nach-
71 gewiesene systematische Verzicht auf Instandhaltung
72 der Gebäude sein, spekulativer Umgang mit Wohnraum
73 (bspw. Leerstand) o.ä. sein.

74

75 **Begründung**

76 Immer mehr Berlin*innen sind seit geraumer Zeit nicht
77 mehr in der Lage, in ihrer Stadt Wohnungen zu finden,
78 die sie sich leisten können. Die Maßnahmen der letzten
79 Jahre, die dieses Problem angehen sollten haben bisher
80 nicht für eine spürbare Entspannung am Berliner Woh-
81 nungsmarkt sorgen können. Die Kampagne "Bauen, kau-
82 fen, deckeln" der Berliner SPD ist ein neuer Ansatz, den es
83 mit aller Kraft voranzutreiben gilt. Zusätzlich halten wir
84 es für dringend geboten, die Vergesellschaftung von pri-
85 vatem Grund und Wohnraum gemäß Artikel 15 des Grund-
86 gesetzes als ein weiteres Instrument in den Maßnahmen-
87 katalog aufzunehmen. Für uns gehört Wohnraum zur Da-
88 seinsvorsorge, die den Kräften des Marktes zu einem Ma-
89 ße entzogen werden sollte, sodass nicht Spekulation und
90 Gewinnmaximierung, sondern Gemeinwohl oberste Han-
91 delsmaxime ist.